



Parlamentssitzung 24. März 2014

Protokoll

Schloss Köniz, Rosstall
19.00 –20.20 Uhr

Vorsitz Stefan Lehmann (SVP)

Anwesend Elena Ackermann (JGK)
Annemarie Berlinger-Staub (SP)
Bernhard Bichsel (FDP)
Adrian Burkhalter (SVP)
Vanda Descombes (SP)
Heidi Eberhard (FDP)
Thomas Frey (BDP)
Martin Graber (SP)
Philippe Guéra (BDP)
Hermann Gysel (EVP)
Beat Haari (FDP)
Fritz Hänni (SVP)
Erica Kobel-Itten (FDP)
Hanspeter Kohler (FDP)
Verena Koshy (CVP)
Andreas Lanz (BDP)
Bernhard Lauper (SVP)
Ruedi Lüthi (SP)
Thomas Marti (GLP)

Hans Moser (SVP)
Heinz Nacht (SVP)
Christoph Nydegger (SVP)
Hansueli Pestalozzi (Grüne)
Jan Remund (Grüne)
Mathias Rickli (Grüne)
Christian Roth (SP)
Stephan Rudolf (BDP)
Elisabeth Rüeegsegger (SVP)
Christoph Salzmann (SP)
Bruno Schmucki (SP)
Hugo Staub (SP)
Stephie Staub-Muheim (SP)
Barbara Thür (GLP)
Thomas Verdun (SVP)
Casimir von Arx (GLP)
Iris Widmer (Grüne)
Markus Willi (SP)

Entschuldigt Ulrich Witschi (BDP)

Bernhard Zaugg (EVP)

Gemeinderat Ueli Studer (SVP), Gemeindepräsi-
dent
Thomas Brönnimann (GLP)

Katrin Sedlmayer (SP)
Urs Wilk (FDP)

Entschuldigt Rita Haudenschild (Grüne),
Vizepräsidentin

Sekretärin Verena Remund

Protokoll Ruth Spahr

Inhaltsverzeichnis

1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 17.1.2014	20
2. Kommissionsersatzwahlen.....	20
3. Legislaturplanung 2010 – 2013 - Bilanz.....	20
4. Niederwangen, Ried – Erwerb Parzelle Nr. 8571, Land für künftige Schule und Strasse.....	23
5. Niederwangen, Ried – Erwerb Parzelle Nr. 1296	26
6. 1313 Postulat (SP Köniz) "UNICEF-Label "Kinderfreundliche Gemeinde"	26
7. 1318 Interpellation (SP) "Planungsleiche in Thörishaus dank der US-Firma Johnson & Johnson?"	28
8. Verschiedenes.....	29

Begrüssung

Parlamentspräsident Stefan Lehmann: Ich begrüsse Sie herzlich zur Parlamentssitzung. Nach einer kleinen schöpferischen Pause – die Februar-Sitzung ist ausgefallen – beginnen wir heute mit einer Aufwärmrunde, damit wir für all das fit sind, was dieses Jahr noch auf uns zukommen wird.

Es sind 38 Parlamentsmitglieder anwesend. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen

Parlamentspräsident Stefan Lehmann: Bereits an der zweiten Sitzung der neuen Legislatur muss ich Ihnen das erste Rücktrittsschreiben bekanntgeben: „Sehr geehrte Parlamentarierinnen und Parlamentarier, mit Vorfreude habe ich mich vor einem Jahr entschieden, in der Könizer Politik aktiv zu werden. Dies führte zu meinem Entschluss, mich für die Parlamentswahlen als Kandidatin aufstellen zu lassen. Es folgte ein Wahlkampf mit Elan und Einsatz und ich wurde am 24. November 2013 ins Parlament der Gemeinde Köniz gewählt. Seit vergangenem Sommer begann sich mein berufliches Leben unerwartet stark zu verändern. Mir wurde klar, dass mich mein Studium an der Uni Bern nicht befriedigt und der Wunsch nach einer Veränderung wurde immer grösser. So begann ich im Herbst 2013 ein Praktikum bei der Jungfrau Region Marketing AG in Interlaken. Zwischenzeitlich bin ich dort als Junior-Market-Manager angestellt und deswegen viel im Berner Oberland und an Messen im In- und Ausland unterwegs. Unter der Woche wohne ich im Berner Oberland. Im Sommer werde ich zusätzlich an die Fachhochschule Luzern wechseln und dort ein nebenberufliches Studium beginnen. Die Veränderungen in meinem Leben haben mich zur Überzeugung gebracht, dass meine Ansprüche an meine berufliche Tätigkeit und jene welche ich und meine Wähler/innen an mich als Parlamentsmitglied stellen, nicht längerfristig unter einen Hut zu bringen sind. Ich möchte keine Parlamentarierin sein, welche wegen dem beruflichen Engagement mit Abwesenheit und mangelndem Einsatz glänzt. So bin ich zur Überzeugung gelangt, dass es für den Parlamentsbetrieb sowie für meine berufliche Zukunft das Beste ist, mein Mandat zur Verfügung zu stellen. Ich bedaure die damit verbundenen Unannehmlichkeiten und allfälligen Enttäuschungen sehr. Das Leben ist gerade auch in jungen Jahren nicht immer berechenbar und erfordert dann auch mutige Entscheide. Ich danke für das entgegengebrachte Vertrauen und Verständnis sehr und wünsche dem Könizer Parlament viel Erfolg und kluge Entscheide. Lara Saxenhofer.“

Wir bedauern diesen Rücktritt, aber gerade wenn man jung ist, verändert sich im Leben noch vieles und dem wollen wir Verständnis entgegenbringen. Als neues Parlamentsmitglied darf ich Elena Ackermann (JGK) begrüssen. Sie ist heute zum ersten Mal anwesend und wird sich sicherlich schnell in den Parlamentsbetrieb einleben.

Das Parlamentsbüro hat beschlossen, die Beantwortungsfrist für die Motion 1315 „Bibliothek ins Rappentöri“ zu verlängern. Die Beantwortungsfrist ist eigentlich im Dezember 2013 abgelaufen. Das Geschäft wird anlässlich der Sitzung vom 28. April im Parlament beraten.

Anlässlich der Januar-Sitzung habe ich Sie um die Einsendung von Porträtfotos gebeten, damit die Parlamentsmitglieder auf der Homepage auch bildlich dargestellt sind. Ich bedanke mich für die Einsendung der gewünschten Fotos. Wie aber den Medien entnommen werden konnte, hat sich seit meiner Bitte einiges geändert. Die kantonale Datenschutzstelle betrachtet Fotos auf Homepages von Gemeinden als kritisch, vor allem wenn keine kommunale rechtliche Grundlage dafür besteht. Der Verband bernischer Gemeinden (VBG) konterte dies und hielt fest, dass der Datenschutz damit ad absurdum geführt werde. Für den VBG ist dies weder rechtlich noch politisch haltbar. Wir haben die Fachstelle Recht der Gemeinde Köniz angefragt und folgende Antwort erhalten: Man arbeitet zurzeit an der Revision des kommunalen Datenschutzreglements und der Verordnungen. Geplant ist, dieses Geschäft im Herbst im Parlament beraten zu lassen. Es wurde geraten mit der Veröffentlichung von Fotos zuzuwarten, bis die Anpassungen in Kraft sind. Das Parlamentsbüro hat heute beschlossen, mit der Veröffentlichung der Fotos zuzuwarten.

Zum Geschäft Tram Region Bern: Die Fraktionen sind angefragt worden, ob dieses Geschäft durch eine Spezialkommission oder durch die GPK vorberaten werden soll. Es ergab sich eine 20 : 20-Pattsituation mit bröckelnder Spezialkommissionsseite. Die GPK hat sich grossmehrheitlich entschieden, das Geschäft selber vorzubereiten. Da es sich um ein überregionales Geschäft handelt, lässt es auch keine wesentlichen Veränderungen mehr zu.

Es ist lediglich noch darüber zu entscheiden, ob das Geschäft entscheidungsreif ist, ob die Finanzen tragbar sind und ob es nachhaltig ist. Der Entscheid wird dann in der Abstimmungsbotschaft zuhanden der Stimmbevölkerung publiziert. Ich habe mich deshalb entschieden, dem Parlamentsbüro keinen Antrag für die Einsetzung einer Spezialkommission zu stellen. Der Aktenversand der Unterlagen erfolgte am 21. Februar 2014.

Traktandenliste

Parlamentspräsident Stefan Lehmann: Traktandum 2 entfällt, da keine Wahlen vorzunehmen sind.

Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Der Gemeinderat hat auf meinen Antrag hin Traktandum 5, „Niederwangen, Ried – Erwerb Parzelle Nr. 1296“, in Wiedererwägung gezogen und beschlossen, dieses von der Traktandenliste zu streichen. Dies weil wir vor der Sitzung Kenntnis erhalten haben, dass die SP-Fraktion einen Rückweisungsantrag zu stellen beabsichtigt. Wir beabsichtigen, die fehlenden Klärungen bis nach den Sommerferien getätigt zu haben und Ihnen das Geschäft neu vorzulegen.

Die Traktandenliste wird mit den beantragten Änderungen genehmigt.

1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 17.1.2014

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 17. Januar 2014 wird genehmigt.

2. Kommissionsersatzwahlen (allfällige Akten: Nachversand)

Da keine Wahlen vorzunehmen sind, entfällt dieses Traktandum.

3. Legislaturplanung 2010 – 2013 - Bilanz Kenntnisnahme; Direktion Präsidiales und Finanzen

Parlamentspräsident Stefan Lehmann: Die entsprechenden Sitzungsakten – Bericht und Antrag des Gemeinderats - sind Ihnen zugestellt worden. Das Vorgehen: Zuerst spricht die GPK-Referentin, danach folgen die Fraktions- und Einzelvoten aus dem Parlament und zum Schluss die Abstimmung.

GPK-Referentin Barbara Thür (GLP): Die vorliegende Bilanz ist der offizielle Abschluss der Legislaturplanung 2010 – 2013, die dem Parlament bereits zusammen mit dem IAFP und dem Controlling im November 2013 zur Kenntnis vorgelegt worden ist. Die Legislaturplanung setzt sich aus 10 Themenfeldern zusammen, die in der Bilanz sehr übersichtlich dargestellt und mit schönen Bildern ergänzt sind. Die Bilanz gehört thematisch zum Controlling der Legislaturplanung, das – wie erwähnt – bereits im November vom Parlament zur Kenntnis genommen worden ist. Dieses Timing ist etwas unglücklich und in Zukunft bitten wir den Gemeinderat darauf zu achten, dass die beiden Dokumente dem Parlament am Ende der Legislatur zusammen vorgelegt werden.

Die Bilanz ist sehr schön dargestellt. Will man etwas jedoch genauer wissen und schlägt im Controlling Einzelheiten nach, ist ersichtlich, dass einige Ziele – aus welchen Gründen auch immer – nicht wie gewünscht erreicht worden sind, so z. B. im Thema Umwelt und Energie. Teilweise sind die Ziele auch stark fremdbestimmt, z. B. durch den Kanton, wie im Thema Littering oder beim Fuss- und Veloweg Schliern – Schlatt. Immerhin konnten rund drei Viertel der 23 Ziele und 47 Massnahmen vollständig oder teilweise umgesetzt werden. In Zukunft wird es sicher eine Herausforderung bleiben, realistische, beeinflussbare und mit Indikatoren messbare Ziele zu formulieren.

Der Gemeinderat möchte die Ziele in Zukunft aufgrund von Schwerpunkten und zum Teil auch directionsübergreifend formulieren. Damit würde auch verhindert, dass – wie bis jetzt – zum Teil sehr diverse Ziele ohne offensichtlichen Zusammenhang formuliert werden.

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, die Bilanz zur Legislaturplanung 2010 – 2013 zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Parlamentspräsident Stefan Lehmann hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Fraktionssprecher Christoph Salzmann (SP): Der Gemeinderat will in seiner Politik offenbar keine Nachhaltigkeit mehr. Noch am 20. September 2010 hielt er fest: „Der Gemeinderat hat beschlossen, die Legislaturplanung 2010 – 2013 unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit durchzuführen“ und unterlegte dies mit einem mehr als 100-seitigen Tabellenwerk. Matchentscheidend sei die Umsetzung meinte der damalige Gemeindepräsident Luc Mentha anlässlich der langen Diskussion um die Nachhaltigkeit. In der Bilanz ist kein einziges Wort mehr davon enthalten, nicht einmal mehr eine Erklärung oder eine Rechtfertigung, weshalb dies nicht mehr weiterverfolgt wird. Trotzdem: Der Gemeinderat hat in den vergangenen vier Jahren mehrheitlich sicher gute Arbeit geleistet, sonst wären nicht alle amtierenden Gemeinderätinnen und Gemeinderäte durch den Souverän wiedergewählt worden.

Die damalige Legislaturplanung und die heutige Bilanz dürfen wir nun zur Kenntnis nehmen. Ich erlaube mir im Auftrag der SP-Fraktion einige kritische Anmerkungen. Ändern können wir dadurch nichts, das ist uns bewusst, vielleicht wird aber das eine oder andere als Impuls verstanden. Die Ziele und die Massnahmen haben zum Teil eine recht unterschiedliche Körnung. Es gibt schwere Brocken wie die Ortsplanung oder das Projekt Tram Region Bern, die grosse Ressourcen und viel Energie beanspruchen. Daneben ist das Ziel einer Vereinsgründung für ein Lehrstellennetz aufgeführt, das als Anstossfinanzierung gerade einmal 30'000 Franken pro Jahr während fünf Jahren beansprucht. Das ist nur ein Tropfen auf den heissen Stein der Nachwuchssorgen vieler KMU-Branchen und für die Berufswahlsuchenden; aber auch ein Tropfen kann etwas zur Kühlung beitragen. Zum Ziel „Sporthalle Weissenstein wird erstellt“: Der Souverän hat dies bereits längst beschlossen und es geht nur noch darum, die Schaufel in die Hand zu nehmen, dies aber nicht durch die Gemeinde selber, sondern durch eine AG. Diese unterschiedliche Körnung sollte der Gemeinderat einmal genauer betrachten. Es muss nicht jede Direktion genau gleich viele Ziele einbringen. In gewissen Direktionen und Abteilungen, so z. B. beim Strassenunterhalt, der Wasserversorgung oder den Sozialdiensten, wird bereits viel Energie der Verwaltung für den courant normal benötigt. Auch das verdient Wertschätzung.

Mehrheitlich hat der Gemeinderat seine Ziele erreicht. Das verdient unsere Anerkennung. Etlliches, das nicht erreicht werden konnte, bedingt wahrscheinlich einen grösseren Planungs- und Umsetzungshorizont als nur eine Legislaturperiode. Solche Dauerbrenner sind z. B. die Belegung des Schlossareals oder die Aufwertung des Wangenbrüggli's. Gelegentlich fallen die Begründungen, weshalb ein Ziel nicht erreicht werden konnte, aber recht knapp aus. Als Beispiel erwähne ich das Ziel 4.2.2 zum Nutzungskonzept des Schlossareals. Das ist jedoch vermutlich der Stil der zuständigen Direktion. Wir meinen, dass etwas mehr Fleisch am Knochen das Gericht sicher schmackhafter machen würde.

Barbara Thür erwähnte, dass die Realisierung von einigen Zielen auch von anderen Playern als nur der Gemeinde abhängig ist, seien dies der Kanton, die BLS oder andere. Das ist uns in Bezug auf die Fuss- und Radwege aufgefallen. Hier hat der Gemeinderat nichts erreicht. Wir fragen uns, ob der Gemeinderat bei der Sistierung der Unterführung Neuhausplatz – Park Liebefeld (BLS-Unterführung) nicht etwas gar schnell die Segel gestrichen hat, weil die BLS gerade nicht wollte. Bei der Verbindung Muhlernstrasse – Stapfenstrasse hat sich der Gemeinderat allerdings offenbar selber blockiert. Auch zum Ziel „Vandalismus und Littering haben abgenommen“, scheint die Gemeinde in Bezug auf Vereinbarungen mit Fast-Food-Anbietern (z. B. McDonald), keine grosse Durchsetzungskraft bewiesen zu haben.

Ich habe nun zu allen Direktionen etwas erwähnt und beende damit das Kritisieren. Ich hoffe, dass bei der nächsten Legislaturplanung klarer ersichtlich sein wird, welche Ziele einen grösseren Zeithorizont bedingen und welche der Absichten durch andere Player fremdbestimmt sind.

Die SP-Fraktion hat bereits vor vier Jahren von der Legislaturplanung nur teilweise zustimmend Kenntnis genommen und wird mehrheitlich auch von der Bilanz teilweise zustimmend Kenntnis nehmen.

Fraktionssprecher Jan Remund (Grüne): Das Controlling schafft Transparenz. Wir denken auch, dass der Gemeinderat gute Arbeit leistete und grundsätzlich eine gute Wahl der Ziele getroffen hat.

Für uns ist wichtig, dass nicht alle Ziele erreicht worden sind, denn sonst wären diese zu wenig hoch gesetzt worden. Beim vorliegenden Evaluationsbericht handelt es sich um keinen extern erstellten, trotzdem scheint er uns einigermaßen selbstkritisch zu sein. Im Folgenden greife ich drei Punkte heraus:

Erstens gehen die Arbeiten im Bereich Mobilität und Raumplanung sicher in die richtige Richtung, für die Fraktion der Grünen aber zu schleppend voran. Die Teilrevision und die Revision des Baureglements kommen nur sehr langsam voran. Das wird nur noch durch den langsamen Vollzug des Langsamverkehrs getoppt. Speziell störend ist hier für uns der Stopp der Planung für die Langsamverkehrsverbindung Muhlerstrasse – Stapfenstrasse. Diese ist aus unserer Sicht dringend notwendig. Tram Region Bern ist bislang auf dem richtigen Weg und auch mit dem richtigen Tempo unterwegs. Die Kommunikationsspanne sorgte aber für unnötige Verunsicherung und erlaubte der Gegnerschaft die Bearbeitung eines Nebenschauplatzes.

Zweitens ist für uns im Bereich Umwelt und Energie wichtig, realistische Zwischenziele für die Energiewende zu setzen. 10 Prozent Photovoltaik in vier Jahren als Ziel waren allerdings zu hoch gesetzt. Die Hälfte davon in vier Jahren wäre möglich und notwendig.

In Bezug auf die Finanzen sind wir drittens der Meinung, dass der Gemeinderat gute Arbeit geleistet hat. Das Stabilisierungsprogramm läuft und ist gut umgesetzt worden, soweit dies durch das Parlament erlaubt worden ist. Der Erhalt des Eigenkapitals wäre jedoch ohne positiven Konjunkturverlauf und gute Steuereinnahmen nicht möglich gewesen.

Die Fraktion der Grünen dankt dem Gemeinderat für die Zusammenstellung und wird zustimmend Kenntnis nehmen von der Bilanz zur Legislaturplanung 2010 – 2014.

Fraktionssprecher Hermann Gysel (EVP): Zur vorliegenden Bilanz erinnerte ich mich an eine Aussage, was eine Bilanz ist: „Die Bilanz ist eine Blitzlichtaufnahme von Aktiven und Passiven.“ Bei einer Blitzlichtaufnahme stehen gewisse Sachen im Vordergrund und andere im Hintergrund. Das ist auch bei der vorliegenden Bilanz des Gemeinderats der Fall.

Ich gehe auf vier Punkte ein und werte diese quasi politisch. Ich hoffe, dass dem Gemeinderat etwas davon im Ohr und im Hinterkopf hängen bleiben wird. Zum Thema Umwelt und Energie kann man festhalten, dass nur ein Sechstel des Ziels erreicht worden ist und vielleicht müsste dies überhaupt abgeschrieben werden. Wir unterstützen den Gemeinderat hier stark, dieses Ziel in Richtung 10 Prozent Sonnenenergie weiter zu verfolgen.

Zum Thema Sicherheit wissen wir, dass die Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei wichtig ist und wir hoffen, dass der Gemeinderat hier Schwerpunkte in der Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei definieren und diese dem Parlament kommunizieren kann.

Zur Abfallstrategie: Wir sind der Meinung, dass weiterhin versucht werden soll, das Littering wirksam zu bekämpfen.

Zum Thema Politik und Verwaltung: Hier sehen wir, dass die Ortsplanungsrevision eine grosse Herausforderung ist und wir bitten den Gemeinderat, diese Arbeit sorgfältig zu leisten, aber nicht zu verzögern.

Zum Thema Mobilität: Wir bitten den Gemeinderat, die Fuss- und Radwege weiter ausbauen zu lassen.

Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird zustimmend Kenntnis von der Bilanz zur Legislaturplanung 2010 – 2013 nehmen.

Gemeindepräsident Ueli Studer (SVP): Ich danke für die positive Aufnahme der Bilanz zur Legislaturplanung 2010 – 2013, aber auch für die kritischen Voten. Dem Gemeinderat ist wichtig, auch diese Meinungen zu hören und zu wissen, wo Handlungsbedarf vorhanden ist, damit er diese Erkenntnisse in der Erarbeitung der neuen Legislaturplanung einfließen lassen kann. Es ist festzuhalten, dass sich die Gemeinde Köniz in den letzten Jahren positiv entwickelt hat. Die letzte Legislatur half bei dieser positiven Entwicklung massgeblich mit. Dass nicht alle Legislaturziele erreicht werden können, ist richtig, wie auch, dass ein Viertel aller Massnahmen nicht erreicht worden ist. Unter dem Strich ist die Entwicklung der Gemeinde Köniz jedoch auf gutem Wege.

Ich gehe nur noch auf das von Barbara Thür Erwähnte in Bezug auf den Controlling-Bericht ein: Im letzten November lag Ihnen der Controlling-Bericht des Gemeinderats vor und der Gemeinderat legte die Bilanz der Legislaturplanung 2010 – 2013 bereits den Medien vor. Die Behandlung der Bilanz im Parlament erfolgt erst heute, im März des Folgejahres, was etwas eigenartig erscheinen mag. Der Gemeinderat hat sich vorgenommen, die Bilanz das nächste Mal ganz sicher am Ende der Legislatur vorzulegen und nicht in eine neue hineinzunehmen.

Ich informiere Sie über den Stand der Legislaturplanung 2014 – 2017 des Gemeinderats: Im Februar hat der Gemeinderat die Schwerpunkte anlässlich einer Retraite festgelegt. Die Schwerpunkte basieren auf den Grundlagen des Leitbildes von 2010. Wir haben Erwartungen und Trends formuliert und aufgenommen und die Bilanz der Legislaturplanung 2010 – 2013 zur Hand genommen, um zu schauen wo angesetzt werden soll. Im März ging der Gemeinderat nochmals für einen Tag in die Retraite und hat die Ziele zu den Schwerpunkten formuliert. Der nun gewählte Weg ist ein anderer als anlässlich der letzten Legislaturplanung, wo von unten herauf via Verwaltung in die Direktionen und zum Gemeinderat hin vorgegangen worden ist. Dieses Mal geht der Gemeinderat den Weg von oben nach unten. Der Gemeinderat definiert dieses Mal die Schwerpunkte und legt die Ziele fest. Letzte Woche legte der Gemeinderat die Ziele und Schwerpunkte den Abteilungsleitungen anlässlich des Kaderanlasses in Kandersteg vor. Die Abteilungsleitungen hatten dort die Möglichkeit, einer Delegation des Gemeinderats Fragen zu stellen und Anregungen anzubringen, die von ihm auch aufgenommen worden sind. Der nun eingeläutete Prozess dauert bis ca. Juni 2014. Ende Juni ist die Schlusslesung im Gemeinderat vorgesehen, wie auch die Konsolidierung. Der Gemeinderat sieht vor, die Legislaturplanung 2014 – 2017 dem Parlament anlässlich dessen September-Sitzung vorzulegen.

Beschluss

Das Parlament nimmt Kenntnis von der Bilanz zur Legislatur 2010 – 2013.
(abgegebene Stimmen: 26 zustimmend, 10 teilweise zustimmend)

4. Niederwangen, Ried – Erwerb Parzelle Nr. 8571, Land für künftige Schule und Strasse

Kredit; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

Parlamentspräsident Stefan Lehmann: Der Bericht und Antrag des Gemeinderats ist Ihnen mit den Sitzungsakten zugestellt worden. Das Vorgehen: Nach der GPK-Referentin folgen die Fraktions- und Einzelvoten aus dem Parlament. Zum Schluss folgt die Abstimmung.

GPK-Referentin Vanda Descombes (SP): Bei dem Geschäft geht es um den Kauf der Parzelle 8571 an der Ecke Konturenstrasse/Landorfstrasse in Niederwangen. Die Parzelle mit einer Grösse von rund 3'500 m² ist Teil der ZöN (Zone für öffentliche Nutzung) Ried Niederwangen, auf welcher ein Schulhaus, ein Fussballplatz, eine Turnhalle, Parkplätze, eine Bushaltestelle und eine Entsorgungsstelle zu stehen kommen sollen. Ein Teil der Parzelle wird für die Konturenstrasse benötigt, der Rest für die Realisierung des Fussballplatzes. Hier wird noch darüber diskutiert, ob die Realisierung eines ligatauglichen Fussballplatzes notwendig ist. Bezüglich dem Erwerb dieses Landstücks hat die Gemeinde gemäss Art. 128 des Baugesetzes ein Enteignungsrecht, da sie jedoch das Vertrauensbeziehung zu den Landwirten nicht gefährden will, wird dieses hier vermieden. Die Dringlichkeit des Kaufs erklärt sich aus dem Stand der Vorbereitungsarbeiten für die Realisierung der ersten Bauetappe im Ried; das sind die Teilbereiche A, B und Teile des Bereichs E. Gemäss Art. 36 der Überbauungsvorschrift Ried muss der Baukredit für die Erstellung der Schulanlage unmittelbar nach der Schnurgerüstabnahme erfolgen, d. h. die Gemeinde muss rasch mit der Planung des Schulhauses beginnen und dafür das notwendige Land erwerben. In Art. 36 ist lediglich von einem Schulhaus die Rede, für die geplante Grösse der Schulanlage ist gemäss Auskunft von Gemeinderat Urs Wilk jedoch die Realisierung eines Rasenspielfeldes, auf welchem Fussball gespielt werden kann, Bedingung. Ob dieses Fussballspielfeld auch ligatauglich sein werde, könne noch nicht abschliessend beantwortet werden.

Der Kaufpreis basiert auf einem Verkehrswertgutachten der Firma Sigrist Agroconsulting, eine von den Landwirten gut akzeptierte Firma. Der Kaufpreis berücksichtigt einerseits den Landwert und andererseits Anteile der von der Gemeinde bereits erbrachten Vorleistungen. Der Besitzer der Parzelle ist nicht in der Miteigentümerschaft (MEG) vertreten. Im Fall einer Ablehnung des Geschäfts durch das Parlament müsste der Eigentümer, Herr Dürig, dem Architekturwettbewerb ausdrücklich zustimmen und das notwendige Land für die Konturenstrasse müsste im Enteignungsverfahren erworben werden. Das würde die Vertrauensbeziehung zu den Landwirten gefährden.

Die GPK empfiehlt dem Parlament die Annahme des Antrags des Gemeinderats. Sie übt aber Kritik an der Vorlage zu diesem Geschäft, weil es in ihren Augen ungenügend aufgearbeitet worden ist, die Informationen zum Teil ungenau sind und das – eigentlich – vorgegebene Kapitel „Folgen einer Ablehnung“ gänzlich fehlt. Die GPK wünscht bei einer nächsten ähnlichen Vorlage informativere und ausführlichere Unterlagen.

Parlamentspräsident Stefan Lehmann hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Fraktionssprecher Christian Roth (SP): Schlitzohrig, aber notwendig, so fasst die SP-Fraktion das Resultat ihrer Prüfung des vorliegenden Geschäfts zusammen. Betrachten wir zuerst das Umfeld: Im Ried liegt die grösste Baulandreserve der Gemeinde Köniz, für welche die Könizer Stimmberechtigten 2012 einer neuen Überbauungsordnung zugestimmt haben. Der Schmetterling nimmt langsam Formen an. Damit das Wohnen im „PAPILLON“ zum Genuss wird und er später auch fliegen kann, sind erhebliche Investitionen und Begleitmassnahmen notwendig. Dazu gehört die Realisierung eines Schulgebäudes für mindestens zwei Klassen, Kindergarten und Basisstufe. Art. 36 ist bereits erwähnt worden und in der Parlamentsvorlage aufgeführt. So weit so unbestritten.

So weit ist für die SP-Fraktion auch klar, dass dem Kreditantrag zugestimmt werden sollte. Die SP-Fraktion weist jedoch deutlich darauf hin, dass im eben erwähnten Artikel von einem „Schulgebäude“ die Rede ist, nicht aber von einem dazugehörigen Fussballplatz. Ein kleiner, aber doch feiner und notwendiger Unterschied. Das ist Ungereimtheit 1. Zudem: In der Abstimmungsbotschaft von 2012 kommt das Schulgebäude nicht auf der Parzelle Nr. 8571 zu stehen, sondern soll am nördlichen Ende der ZöN realisiert werden. Die hier zum Kauf beantragte Parzelle liegt auf der südlichen Seite, an der Landorfstrasse. Das ist Ungereimtheit 2, die die klar ungenügende Parlamentsvorlage auszeichnet. Es handelt sich nicht um die erste solche minimalistische Vorlage, die uns der zuständige Direktionsvorsteher vorlegen lässt, wenn es um Landgeschäfte geht. Bei der SP-Fraktion stellt sich daher die Frage, ob dem Parlament in seiner Funktion mit genügend Ernst begegnet wird. Die SP-Fraktion verlangt hier künftig deutliche Verbesserungen und mehr Transparenz.

Schlitzohrig nennt die SP-Fraktion deshalb das Geschäft. Trotzdem macht der Antrag des Gemeinderats Sinn, weil es tatsächlich nicht zielführend ist, die ZöN auf zwei verschiedene Player aufzuteilen. Einerseits auf einen Privaten, der mit dem Land sowieso keine langfristigen Nutzungsaussichten mehr hat, und andererseits auf die Gemeinde. Es macht die weitere Entwicklung kompliziert und aufwändig. Wenn die Gemeinde die Parzelle erwirbt, kann sie einen Wettbewerb über das gesamte Gebiet legen und nach den besten Lösungen für ein Schulgebäude und vielleicht auch einen Fussballplatz suchen. Ob es dann – wie der Gemeinderat offenbar im Hinterkopf hat – ein ligatauglicher Fussballplatz sein wird, steht noch, nicht nur aus topografischen Gründen, völlig in den Sternen. Dazu sind noch viele Fragen offen. Die Klärung der offenen Punkte soll jedoch effizient und mit grösstmöglicher Freiheit erfolgen. Zudem ist zu beachten: In dieser ZöN wird nicht nur ein Schulgebäude mit Rasenfeld-Allwetterplatz zu liegen kommen, sondern es sollen auch Parkplätze, eine Entsorgungsstelle, wahrscheinlich auch einmal eine Turnhalle (sofern das Schulgebäude gross genug ist) sowie ein Teil der Konturenstrasse realisiert werden. Das alles braucht Land, das in den Augen der SP-Fraktion im Besitz der Gemeinde Köniz sein soll.

Weil der Preis dieser Parzelle aufgrund eines Verkehrswertgutachtens ermittelt worden ist, kann auch gegen die doch stattliche Summe kein ernsthafter Einwand angebracht werden. Die SP-Fraktion sieht den Kauf als Vorinvestition in die Handlungsfreiheit für ein Schulgebäude im Ried und wird dem Kredit deshalb zustimmen.

Fraktionssprecher Hermann Gysel (EVP): Eine Collage ist die Zusammenstellung einiger aus Zeitungsschriften herausgeschnittener Artikel, die zu einem Kunstwerk zusammengeklebt werden. Vor uns liegt ein Werk und die Kunst daran ist, dass es sich um einen Kunstgriff handelt, dieses Werk im Parlament durchzubringen. Der Kunstgriff ist in diesem Fall die Dringlichkeit.

Das Geschäft ist nicht sehr kompliziert, die GPK-Referentin konnte uns dieses argumentativ logisch erklären und man müsste dies auch vom Gemeinderat erwarten können. Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird dem Kreditantrag deshalb gemäss Antrag des Gemeinderats zustimmen.

Nun aber der Appell, den ich in Form von fünf Punkten an den Gemeinderat richte: Das Stichwort heisst „Nachvollziehbarkeit“. Geschäfte, die Grundstückskäufe beinhalten, müssen für Parlamentsmitglieder nachvollziehbar sein.

Ist ein Geschäft, wenn eine klare Begründung vorhanden ist, eine klare Rechnung vorliegt, eine Risikoanalyse vorhanden ist, die diesen Namen auch verdient, mindestens die Rubrik „Konsequenzen bei einer Ablehnung“ aufgeführt ist und wenn zu Grafiken und Bildern auch Legenden enthalten sind. Ich bin nach wie vor zuversichtlich, dass der Gemeinderat irgendwann einmal auch dieses verstehen wird.

Fraktionssprecher Andreas Lanz (BDP): Ich nehme vorweg, dass die BDP-Fraktion diesem Geschäft gemäss Antrag des Gemeinderats einstimmig zustimmen wird.

Wir danken dem Gemeinderat, dass er hier vorausschauend handelt und nicht zuwartet bis es für einen Landkauf zu spät ist und die Verpflichtungen im Überbauungsgebiet Ried nicht mehr wahrgenommen werden können. Für uns ist der Kauf dieser Parzelle ein absolutes Muss, damit anschliessend die Planung der Schulanlage im Ried an die Hand genommen werden kann. Ich gebrauche hier absichtlich den Begriff Schulanlage, denn anlässlich der Diskussion der Vorlage in der GPK haben wir in Erfahrung gebracht, dass nicht nur ein Schulhaus realisiert werden soll, sondern Gebäude für Kindergarten/Basisstufe und für die Unterstufe sowie wahrscheinlich eine Turnhalle und ein Aussensportplatz. Dass der Aussensportplatz als ligataugliches Fussballfeld ausgestaltet werden soll, würde beim aktuellen Mangel an Fussballfeldern Sinn machen.

Fraktionssprecher Mathias Rickli (Grüne): Die Fraktion der Grünen wird dem Geschäft einstimmig zustimmen.

Auch die Fraktion der Grünen hat sich darüber unterhalten, in welcher Art und Weise uns das Geschäft unterbreitet wird. Auch wir erklären uns von der Art und Weise des Inhalts nicht ganz zufrieden. Grundsätzlich können wir nachvollziehen, dass diese kleine Parzelle in der ZöN der Überbauung Ried durch die Gemeinde erworben werden soll, damit die Planung einfacher durchgezogen werden kann. Wir erklären uns auch damit einverstanden, dass versucht werden soll, wenn immer möglich Enteignungen zu verhindern. Das Vertrauen der Bürger in die Gemeinde ist zu pflegen und eine allfällige Enteignung wäre ein Zeichen, das vielen sauer aufstossen könnte. Aus dieser Sicht schätzen wir die Bemühungen. Der Preis muss stimmen. Dieses Kriterium ist jedoch für Laien immer etwas schwierig zu beurteilen. Landkäufe sind immer sensibel und man kann nie ganz genau sagen, inwiefern ein Preis gerechtfertigt ist. Wir gehen davon aus, dass hier gut gearbeitet worden ist.

Trotzdem stehen viele Fragen im Raum. Wir sind der Meinung, dass diese Fragen leicht zu vermeiden gewesen wären. Wenn jedoch kein Blick in die bestehende Überbauungsordnung Ried vom Dezember 2011 geworfen wird, die auf dem Internet zu finden ist, ist man nicht in der Lage, den Antrag inhaltlich zu erschliessen. Da sind Abkürzungen enthalten, die Rede ist von Zonen A, B, E. In der Vorlage sind die Erklärungen nicht enthalten, diese müssen der Überbauungsordnung im Internet entnommen werden. Hier bitten wir – wie alle anderen Fraktionssprechenden bereits auch schon – den Gemeinderat, in Zukunft Unterlagen abzugeben, die entsprechende Erklärungen enthalten, damit sie auch verstanden werden.

Wir bitten den Gemeinderat, uns genau zu erklären, um was es sich bei den Vorleistungen – die dem Grundeigentümer angerechnet werden müssen – genau handelt. Das haben wir nicht genau verstanden.

Fraktionssprecher Thomas Verdun (SVP): Auch die SVP-Fraktion wird dem Kredit für den Kauf der Parzelle 8571 zustimmen. Der Kauf ist sinnvoll und notwendig. Der Kaufpreis ist marktüblich und geht in Ordnung.

Leider komme auch ich auf die mangelhafte Dokumentation zu sprechen, die einmal mehr sehr dürftig ist. Das ist schade. Diesbezüglich wäre Handlungsbedarf notwendig. Vielleicht kann dies als Legislaturziel aufgenommen werden.

Fraktionssprecherin Erica Kobel-Itten (FDP): Die FDP-Fraktion unterstützt das Vorgehen der Gemeinde in dieser Sache einstimmig und wird dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

Bei dem in der Begründung Enthaltenen handelt es sich um nichts Neues, das Vorgehen ist klar, wie auch der Preis und dass die Gemeinde den vorgeschlagenen Weg einschlägt, ist vernünftig. Im Gegenzug zu meinen Vorrednern muss ich festhalten, dass ich froh darum bin, dass hier nicht nochmals die Erklärung zur Überbauungsordnung in der Vorlage enthalten ist. Man kann diese im Internet nachlesen. Ich bin der Meinung, dass die mangelnde Transparenz im vorliegenden Fall nicht wirklich gegeben ist. Manchmal muss andernorts nachgeschlagen werden, um zu den entsprechenden Informationen zu gelangen. Vielleicht sind die Reaktionen der Enttäuschung zuzuweisen, dass das nächste Geschäft aus der DSL zurückgezogen worden ist. Besonders betonen möchten wir in diesem Geschäft aber die Tatsache, dass auch mit der Realisierung dieses Kaufs gezeigt wird, dass im Ried etwas geht.

Dass Architekturwettbewerbe durchgeführt worden sind, dass bereits mehrere Miteigentümer und Investoren ihr Interesse an der Realisierung für die Teile A, B und einen Teil von E angemeldet haben. Das ist ein positives Zeichen, das meiner Meinung nach herausgetragen werden sollte. Mit dem Start der Realisierung – mit dem Landkauf für die Schule – wird dieses Gebiet für die zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner für allfällig neue Investorinnen und Investoren noch attraktiver gemacht und es ist in unseren Augen ein ganz wichtiger Schritt in Richtung Realisierung der Überbauung.

Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Ich danke für die positive Aufnahme des Geschäfts. Zu Mathias Rickli und anderen, die die Frage gestellt haben, was die Vorleistungen sind, welche dem Grundeigentümer, der erst jetzt verkauft, von seinem Landwert in Abzug gebracht werden: All jene, die von Anfang an in der Miteigentümergeinschaft Ried (MEG) dabei waren, mussten immer wieder für jeden Planungsschritt den die Gemeinde vornahm, im Rahmen ihres Miteigentumsprozentanteils Geld einwerfen, was sich zu einer ansehnlichen Summe zusammen läpperte. Diese Vorleistungen wollte der Besitzer, Herr Dürig, nicht leisten und verkaufte deshalb sein Land nicht. Aus der Sicht eines Landwirts kann ich dies nachvollziehen. Nun muss er sich einen Abzug auf dem Landwert gefallen lassen. Das ist jedoch kein Problem, da der Preis entsprechend ausgehandelt worden ist.

Zum Umfang der Vorlage: Wenn die Anzahl der Seiten die Qualität der Vorlage ausmacht, kann ich dem gut nachkommen, indem die ganze Überbauungsordnung Ried nochmals in der Vorlage abgebildet wird, damit Ihnen ohne suchen zu müssen klar ist, um was es genau geht. Die Qualität einer Vorlage ist aus meiner Sicht auch, dass in einem komprimierten Text das Wesentliche enthalten ist und wenn ich Ihr vermeintliches Wissen etwas überstrapaziert habe, tut mir dies Leid. Im Grunde genommen sind mir kurze, knackige Vorlagen, die das Wesentliche enthalten lieber als ellenlange Sermonen, die von niemandem gelesen werden.

Beschluss

Für den Erwerb der Parzelle Köniz / 8571 wird ein Kredit von CHF 718'000.00 (Kaufpreis inkl. Verschreibungskosten) zulasten Konto 1023.1659 (Bestandeskonto) resp. 4620.501.1659 (Investitionskonto) bewilligt.

(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

5. Niederwangen, Ried – Erwerb Parzelle Nr. 1296

Kredit; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

Parlamentspräsident Stefan Lehmann: Dieses Geschäft wurde zurückgezogen und entfällt deshalb.

6. 1313 Postulat (SP Köniz) "UNICEF-Label "Kinderfreundliche Gemeinde"

Beantwortung und Abschreibung; Direktion Bildung und Soziales

Markus Willi (SP): Im Vorfeld zur heutigen Sitzung habe ich in einer E-Mail an die Fraktionspräsidenten bereits angekündigt, dass ich das Postulat zurückziehen und anschliessend in meinem Votum aufzeige werde, weshalb ich so vorgehe, und anschliessend werde ich mit einem neu formulierten Postulat das Anliegen nochmals einreichen.

Die Konjunktion „und“ in Verbindung mit dem Adverb „anschliessend“ in meinem Vorstosstext sind meiner Meinung nach dafür verantwortlich, dass sich der Gemeinderat seine Antwort auf das Postulat etwas gar einfach machte und das Denken in Varianten vernachlässigt hat.

Mit Verlaub: Wenn in der Antwort enthalten ist, dass eine erneute Standortbestimmung durch Fachkräfte von UNICEF grundsätzlich als nicht erforderlich erachtet wird, weil eine solche bereits 2012 im Zusammenhang mit dem Konzept Kind, Jugend und Familie stattgefunden hat, wird die Meinung des Parlaments schlicht nicht ernst genommen. Ich erinnere mich gut an die relativ hitzige Parlamentsdebatte vom 10. Dezember 2012. Damals hat das Parlament mit 18 Stimmen zustimmend, mit 11 Stimmen teilweise zustimmend und mit 8 Stimmen ablehnend Kenntnis vom Konzept Kind, Jugend und Familie Kenntnis genommen.

Für einen künftigen strategischen Überbau, der die Stossrichtung für eine Direktion vorgeben sollte, ein zumindest überdenkenswertes Verdikt.

Auch eines, das die Notwendigkeit nach inhaltlicher Überarbeitung klar aufzeigt. Vor allem der zweite Teil des Konzepts, wo es um die konkreten Handlungsfelder und um die Massnahmen geht, wurde damals stark kritisiert. Von „teilweise dürrig und schwammig“ sprach der GPK-Referent, von „keinem grossen Wurf“ Gemeinderat Ueli Studer selber, „fehlende Griffigkeit“ monierte die BDP, von „mangelnder Stringenz“ sprachen die Grünen, von „zu wenig konkreten Ansätzen“ die Mitte-Parteien und von „Null Aussagen ohne klare Stossrichtung“ sprach die SP-Fraktion. Allein schon dieses Ergebnis würde eine zusätzliche skalierbare Standortbestimmung rechtfertigen. Eine notabene, die relativ kostengünstig zu haben wäre und auch ohne dass man sich bereits für einen Label-Prozess von UNICEF Schweiz bewerben muss. UNICEF Schweiz wertet das Self Assessment aus und erstellt erst nachher einen ca. 50-seitigen Bericht zur Standortbestimmung. Erst dann kann, soll oder darf entschieden werden, ob die Gemeinde zusätzlich das Label anstrebt. Diese Informationen wären alle bei UNICEF abrufbar, wenn man denn Kontakt aufgenommen hätte. Leider fand kein entsprechender Kontakt zwischen UNICEF und der Gemeinde Köniz statt. Das erstaunt mich ziemlich, denn spätestens nach der Zustimmung zur beantragten Verlängerung der Beantwortungsfrist des Postulats vom Dezember 2013 auf Februar 2014 hätte man genügend Zeit gehabt, wenigstens die Punkte 1 und 2 der gemeinderätlichen Antwort durch UNICEF validieren zu lassen; denn dort sind Fehler enthalten. Wäre man so vorgegangen, hätte in Erfahrung gebracht werden können, dass die vom Gemeinderat aufgeführten Schritte und Kosten zum Erwerb des UNICEF-Labels in den folgenden relevanten Punkten nicht stimmen: Erstens dauert die Evaluation einen Tag und nicht zwei Jahre. Zweitens ist das Label vier Jahre gültig. Drittens kann die Gemeinde nach zwei Jahren einen kurzen Zwischenbericht erstellen, mit welchem darüber informiert wird, welche Massnahmen vom Aktionsplan umgesetzt worden sind. Viertens kann sich die Gemeinde nach weiteren zwei Jahren um eine Rezertifizierung bewerben, die 5'500 Franken kostet. Dazu ist keine Standortbestimmung mehr notwendig. Fünftens entstehen für den Erhalt des Fragebogens keine Kosten, die Standortbestimmung kostet 2'000 Franken, die externe Evaluation für das Label löst für die Gemeinde Köniz Kosten von ca. 20'000 Franken aus. Ausserdem scheint mir der vom Gemeinderat geschätzte Personalaufwand, der von einem 100-Prozent-Pensum über einen Zeitraum von ca. zwei Jahre spricht, als viel zu hoch. Die Gemeinde Köniz verfügt über eine eigene Fachstelle, gut ausgebildetes, erfahrenes Personal das bereits wertvolle Erfahrungen mit der Erarbeitung von Konzepten hat und kann auf Strukturen zurückgreifen. Mein Fazit: Schade.

Schade, dass der Gemeinderat die Chance einer zusätzlichen kostengünstigen externen Standortbestimmung des Konzepts Kind, Jugend und Familie nicht wahrnehmen will oder es nicht für notwendig hält. Schade, dass er seine Antwort auf das Postulat nicht auf die prozessuale Korrektheit bei UNICEF Schweiz überprüfen liess. Beim Studium der Antwort des Gemeinderats auf das Postulat ist mir Folgendes aufgefallen: Im Dezember 2012 wurde in der Debatte um das Konzept stets wieder betont, dass das Konzept von der DBS erarbeitet worden ist und dass es sich nicht um ein Konzept des Gemeinderats handle. Sie erinnern sich vielleicht noch an die Begründung: Die GPK stellte damals die Vermutung an, dass die anderen Direktionen befürchteten, mit dem Konzept stark eingebunden zu werden und weiter, dass die DBS gerne zusätzliche Massnahmen vorgeschlagen und im Konzept aufgenommen hätte, die jedoch in der Diskussion im Gemeinderat scheinbar nicht auf fruchtbaren Boden gestossen seien. Sie erinnern sich vielleicht noch an den unüblichen Antrag des Gemeinderats, der vielen von uns wie ein schlechter Scherz aufgenommen worden ist und sinngemäss lautete, dass die Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen im Konzept nur dann erfolgt, wenn die finanzielle Lage es auch erlaubt. In der Antwort auf mein Postulat hier ist auf Seite 4 im zweiten Absatz ab Zeile 5 festgehalten, dass das Konzept Kind, Jugend und Familie im vergangenen Jahr – für mich das Jahr 2013 – durch den Gemeinderat beschlossen worden ist. Dass das Konzept, unter Einbezug aller bestehenden Akteure, einer Standortbestimmung unterzogen worden ist, Aufschluss über die bestehenden Leistungen gibt und vorhandene Lücken aufzeigt. Dass es Massnahmen zur Optimierung enthalte, die sich bereits in der Umsetzung befinden. Wenn diese Aussage so richtig ist, erlauben Sie mir bitte zwei Fragen: Weshalb weiss erstens das Parlament nichts davon? Oder ist mir hier irgendetwas entgangen? Weshalb werden zweitens solche Ergebnisse einer Standortbestimmung – wenn sie denn vorhanden sind – nicht der Beantwortung des vorliegenden Postulats beigelegt?

Ich werde deshalb einen Vorstoss explizit zur Überprüfung des Konzepts Kind, Jugend und Familie mittels Standortbestimmung neu einreichen. Die Standortbestimmung des UNICEF-Labels „kinderfreundliche Gemeinde“ ist für mich eine mögliche Variante.

Parlamentspräsident Stefan Lehmann: Der Postulant zieht das Postulat zurück und damit ist die Diskussion beendet.

7. 1318 Interpellation (SP) "Planungsleiche in Thörishaus dank der US-Firma Johnson & Johnson?"

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Christian Roth (SP): Eine Schwangerschaft dauert neun Monate. Es sind lange und anstrengende Monate und am Ende steht normalerweise ein erfreuliches Ergebnis. Leider ist das nicht immer so, wie auch hier im Geschäft Thörishaus, Campus Crucell Grafenried, Änderung der baurechtlichen Grundordnung. Vor genau neun Monaten, am 24. Juni 2013, haben wir dieses Geschäft parlamentarisch auf die Reise geschickt und stehen heute mit vielen Fragen vor einem Scherbenhaufen. Fragen, deren Antworten eine Diskussion benötigen. Ich beantrage Diskussion.

Parlamentspräsident Stefan Lehmann: Da mehr als 10 Stimmen dem Antrag auf Diskussion zustimmen, wird diese gewährt.

Christian Roth (SP): In den letzten Wochen und Monaten konnte immer wieder etwas zum Geschäft „Planungsleiche Crucell Thörishaus“, wie ich es bezeichne, gelesen werden. Zuerst liessen wir die Könizer Stimmbevölkerung über das Geschäft abstimmen, nur um kurz darauf von der Firma Johnson & Johnson desavouiert zu werden. Es soll – so hiess es plötzlich – kein Ausbau, sondern ein vollständiger Rückzug aus dem Standort Thörishaus stattfinden. Im Februar 2014 konnte den Medien wiederum entnommen werden, dass eventuell der Standort Thörishaus doch nicht ganz aufgegeben werden solle. Einmal mehr drängt sich ein Vergleich dieses Geschäfts mit einer Schwangerschaft auf. Bei beiden handelt es sich um eine emotionale Berg- und Talfahrt und das ist die Geschichte um dieses Planungsgeschäft auf jeden Fall auch. Es besteht jedoch ein wichtiger Unterschied: Beim Geschäft Crucell geht es um Hunderte von betroffenen Menschen und nicht nur um einige wenige. Das macht es in diesem Fall umso ärgerlicher.

Die SP-Fraktion vermisst in der vorliegenden Antwort des Gemeinderats eine klare Strategie, was er mit dem verzerrten Planungsgeschäft jetzt tun will. Seine Strategie des Abwartens und Zuschauern kann sich für die Gemeinde rächen. Für die SP-Fraktion ist klar: Wenn der Standort Thörishaus durch die Firma Johnson & Johnson vollständig aufgegeben werden soll, muss diese Planung wieder auf null gestellt werden. Eine Planung mit derart largen Energievorschriften, die von der SP-Fraktion schon damals nur zähneknirschend akzeptiert worden sind und die zum Papiertiger mutiert ist, muss unter diesen Voraussetzungen zurück an den Start. Wir wollen hier keine Diskussionen – die übrigens bereits am Laufen sind – über die Planbeständigkeit führen, weil es sich vor allem um juristische handelt. Wie dem auch sei, die SP-Fraktion nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, dass der Gemeinderat der Meinung ist, dass die Stimmbevölkerung neu befragt werden soll, wenn die Standortentwicklung völlig anders verläuft als der Bevölkerung versprochen.

Wenig aussagekräftig ist in meinen Augen die Aussage des Gemeinderats auf die Frage, in welcher Form sich die Gemeinde für den Erhalt der Arbeitsplätze einsetzen will. Hier erwartet die SP-Fraktion mehr Schub und klarere Positionen. Es ist im Interesse der Gemeinde, dass Arbeitsplätze und Steuerzahler wenn möglich in der Gemeinde bleiben. Die SP-Fraktion erwartet eine entschiedener Intervention bei der Firma Johnson & Johnson, damit in Zukunft klar ist, dass die Gemeinde Köniz nicht gewillt ist als Spielball der globalen Business-Politik herumgeschubst zu werden. Eine solch klare Haltung gegenüber der Firma Johnson & Johnson könnte – um es mit den poetischen Worten des Gemeinderats zu sagen – „eine künftige Weggabelung sein“, die Firmen künftig einen anderen Weg einschlagen lässt und sie klar Schiff machen müssen, bevor ein Gemeinwesen einen aufwändigen Planungs- und Entscheidungsprozess anstösst.

Ich erkläre mich von der Antwort des Gemeinderats nur teilweise befriedigt.

Gemeindepräsident Ueli Studer (SVP): Es ist nicht einfach, zur Schwangerschaft dieses Geschäfts zu sprechen. Einiges kann ich heute nochmals erläutern, zu anderem kann ich mich jedoch heute aus Gründen von Vereinbarungen mit den verschiedenen Firmen nicht äussern.

Ich denke aber, dass Sie dafür Verständnis haben.

Eines ist aber sicher: Wenn sich in der nächsten Zeit nichts abzeichnet, d. h. keine Nachfolgeplanung für das Gebiet Grafenried, werden wir die Stimmbevölkerung wieder anfragen. Das ist klar. Die Stimmbevölkerung wurde angefragt, ob sie mit der Änderung der baurechtlichen Grundordnung für den Ausbau des Campus Crucell einverstanden ist oder nicht.

Aber: Die Schwangerschaft ist noch nicht zu Ende, d. h. zurzeit befinden wir uns noch in Verhandlungen und dies mit verschiedensten Partnern. Deshalb bitte ich Sie um Verständnis, dass wir Sie heute noch nicht näher informieren können. Wie Christian Roth vorhin erwähnt hat, sind Arbeitsplätze, d. h. Personen betroffen. Sobald die Entscheidungen gefällt werden, sollen zuerst die Betroffenen und vor allem die Unternehmen informiert werden.

Weshalb setzte sich die Gemeinde Köniz nicht stärker für die Arbeitnehmenden ein? Diese Frage wird von Christian Roth in den Raum gestellt. Wir waren bei der Task Force dabei und haben dort ganz klar festgehalten, dass – so lange wir nicht wissen wie die Regelung läuft – wir den Beschluss der Stimmbevölkerung nicht ans AGR (Amt für Gemeinden und Raumordnung) weiterleiten werden. Zuerst wollen wir den Sozialplan kennen und wissen was mit der Anlage passiert. Die Gemeinde Köniz kann die Planungsänderung bis zu einem Jahr sistieren. Der Prozess ist zurzeit am Laufen und deshalb kann man dem Gemeinderat meiner Meinung nach nicht vorwerfen, er habe nicht mitgemacht. An diesem Prozess sind – neben der Gemeinde Köniz – auch der Kanton und die Gewerkschaften beteiligt. Anlässlich der letzten Sitzung der Task Force konnte man sich so weit einigen, wie dies von der Firmenstruktur her möglich war. Danach haben sich die Ereignisse ergeben: Die Mitarbeitenden sind informiert worden und es wird im nächsten Jahr zu Entlassungen kommen. Es gibt aber auch Mitarbeitende die von sich aus gekündigt haben, weil in diesem Bereich Arbeitnehmende gesucht sind. Insofern befindet sich auch die Firma in einer schwierigen Situation.

Nochmals: Wenn das Gelände von der Firma verlassen werden sollte und keine Nachfolge gefunden wird, wird die Könizer Stimmbevölkerung in jedem Fall nochmals zur Abstimmung gebeten. Wird eine Nachfolgeregelung gefunden, wird es Verhandlungssache sein, eine gute Lösung zu finden. Ich gehe gemäss meinem heutigen Wissensstand davon aus, dass wir in ungefähr sechs bis acht Wochen mehr wissen sollten.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats als teilweise befriedigt.

8. Verschiedenes

Folgende Vorstösse sind neu eingereicht worden:

- 1403 Postulat (SP) „Abgangsentschädigung der Könizer Gemeinderäte im Vergleich mit anderen Gemeinden von ähnlicher Grösse“
- 1404 Postulat (SP) „Anpassung der Mietzinse an den Referenzzinssatz bei der individuellen Sozialhilfe“
- 1405 Interpellation (SP, Bruno Schmucki) „Schaut Köniz hin oder schaut Köniz nur zu? Präventionskonzepte gegen sexuelle Übergriffe bei der Kibe und anderen Institutionen in der Gemeinde“
- 1406 Interpellation (Hansueli Pestalozzi, Grüne) „Zonenkonformität von Prostitutionsgewerbe“
- 1407 Interpellation (Iris Widmer, Grüne) „Oper von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen“

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Zur Ortsplanungsrevision, deren lange Dauer vorhin moniert worden ist: Wenn Sie jedoch im Besitz der entsprechenden Unterlagen sein werden, werden Sie vielleicht verstehen, weshalb dies so lange dauert. Am 29. April 2014 wird hier im Rosstall eine Startveranstaltung zur öffentlichen Mitwirkung der Ortsplanungsrevision stattfinden. Die öffentliche Mitwirkung wird drei Monate dauern, damit möglichste alle die Möglichkeit zur Mitwirkung haben. Anschliessend werden vier Informationsanlässe stattfinden. Am 29. April 2014 wird im Rosstall allgemein über die Ortsplanungsrevision informiert, am 13. Mai 2014 wird für die obere Gemeinde in der Aula der Schulanlage Bodengässli informiert. Am 15. Mai 2014 wird im Wangental informiert, im kirchlichen Informationszentrum in Niederwangen. Am 27. Mai 2014 wird in Wabern eine Informationsveranstaltung stattfinden, in der so genannten „Heitere Fahne“ an der Dorfstrasse in Wabern. Am 4. Juni 2014 wird im Liebefeld informiert, in der Aula des Hessgut-Schulhauses. Diese Daten können Sie sich einschreiben, Beginn ist jeweils um 19.00 h. Sie sind alle herzlich eingeladen. Wir freuen uns auf eine rege Mitwirkung, weil es uns ein grosses Anliegen ist, eine breit abgestützte Ortsplanungsrevision zu erhalten. Am 14. Juli 2014 läuft die Mitwirkung ab und Sie werden genügend Zeit für die Mitwirkung zur Verfügung haben. Im Gemeindehaus wird eine Ausstellung mit allen Unterlagen zur Verfügung stehen.

¹ An dieser Stelle wurde bei der Genehmigung des Protokolls eine Änderung verlangt.

Hugo Staub (SP): Zum von der Traktandenliste gestrichenen Traktandum 5, Niederwangen, Ried – Erwerb Parzelle Nr. 1296: Wer beim Fischen erfolgreich sein will, der weiss, dass man sich an eine Regel halten muss, die da lautet: „Der Köder muss dem Fisch gefallen und nicht dem Fischer.“ Übersetzt auf unser Geschäft: Der Fischer ist in diesem Fall Gemeinderat Urs Wilk, wir sind der Fisch und Köder ist die Vorlage. In diesem Sinn hoffe ich sehr – auch wenn wir hier keinen Einfluss auf die Richtung der Überarbeitung nehmen konnten –, dass wir einen guten Köder vorgesetzt bekommen und die im Rückweisungsantrag aufgeführten Themenfelder trotzdem etwas wegleitend sein werden.

Zur Frist: Im Rückweisungsantrag habe ich vorgeschlagen, dass der Gemeinderat das Geschäft noch vor den Sommerferien nochmals vorlegen wird. Dies aus der Überlegung heraus, dass der Gemeinderat all die Antworten auf die Fragen kennt und sie uns nur nicht gesagt hat. Wäre dem nicht so, weiss ich nicht, weshalb uns das Geschäft vorgelegt wurde.

Markus Willi (SP): Eine kleine Erfolgsgeschichte zu Midnight Sports: 11 Mal hat Midnight Sports seit dem 11. Januar 2014 stattgefunden, am nächsten Samstag findet der 12. Anlass statt, mit dem das Projekt abgeschlossen wird. Die Zahlen sind eindrücklich, sie bewegen sich zwischen 70 (am ersten Anlass) und 130 (am vorletzten Wochenende) Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Der Geschlechteranteil ist im Verhältnis 1 (Mädchen) : 2 (Knaben). Geleitet wird der Anlass durch eine(n) anwesende(n) Sozilarbeitende(n) der offenen Kinder- und Jugendarbeit der Fachstelle Prävention. Unterstützt wird das Ganze von vier Senior-Coaches – meistens Mitglieder des Jugendparlaments – und von bis zu 10 Junior-Coaches – engagierte Schülerinnen und Schüler aus den Oberstufen der Gemeinde Köniz. Ausgewertet wird nach klar vorgegebenen Kriterien und äusserst transparent. Nach jeder Veranstaltung wird ein Bericht herausgegeben, der Rechenschaft über die vergangene Veranstaltung ablegt. Bis anhin war kein einziger Vorfall im Bereich Gewalt, Littering oder Ruhestörung zu verzeichnen. Jedenfalls entnehme ich das so den Berichten. Das spricht für das Konzept, für das aktive Coaching der Personen vor Ort und dafür, dass man hinter dem Projekt steht, das im Parlament etwas Startschwierigkeiten hatte. Ich empfehle Ihnen das Studium der jeweiligen Berichte. Sie werden diese noch erhalten oder können bei der zuständigen Fachstelle angefordert werden. Zusammen mit Annemarie Berlinger-Staub habe ich am 8. Februar 2014 eine solche Veranstaltung besucht und wir haben uns einen Einblick verschafft. Ich war beeindruckt von der Stimmung und all dem, was stattgefunden hat. An einem normalen Samstagabend haben rund 80 Jugendliche in den beiden Turnhallen des Hessgut-Schulhauses ihre Freizeit bei Sport, Musik oder Reden verbracht. Eine äusserst friedliche Stimmung herrschte in der Turnhalle und draussen war nichts davon zu hören. Die Stimmung war nicht aufgelöst, nur die beiden Parlamentsmitglieder sind aufgrund ihrer komischen Bekleidung und ihres Alters aufgefallen. Wir haben einen guten Eindruck von diesen Anlässen. Wir hatten auch viel Zeit für gute Gespräche mit verschiedensten Teilnehmenden, mit den Coaches und mit der Leitung. Am Schluss haben wir das Hessgut mit dem Eindruck verlassen: Hier wird ein ganz wichtiger Beitrag für die Jugendarbeit geleistet. Genau so stellen wir uns offene Jugendarbeit vor.

Ich möchte mich – im Namen der SP-Fraktion und der Motionärin Anna Mäder – ganz herzlich für die sehr gute Umsetzung der Motion bedanken. Bedanken möchte ich mich vor allem bei der Fachstelle offene Jugendarbeit, bei Simon Jäger und Hansjörg Hofmann, und bei allen Senior- und Jugend-Coaches. Ich warte sehr gespannt auf die Schlussergebnisse, auf das Ergebnis der Schlussumfrage bei den Teilnehmenden und hoffe, der Gemeinderat spiegle dem Parlament die Ergebnisse der Auswertungen. Für mich ist bereits jetzt klar: Der Bedarf für eine Weiterführung ist klar ausgewiesen und eine Institutionalisierung des Anlasses muss unbedingt angestrebt werden.

Parlamentspräsident Stefan Lehmann: Die nächste Parlamentssitzung findet am 28. April 2014 statt.

Im Namen des Parlaments

Stefan Lehmann
Parlamentspräsident

Verena Remund
Leiterin Fachstelle Parlament